

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

BRD: Kein «Tempo 100» auf Autobahnen

Ein «Tempo 100» wird es nach dem Willen der Bundesregierung auf den Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland nicht geben. Das Bundeskabinett hat am Dienstag unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl die entsprechenden Schlussfolgerungen aus dem Abgasversuch gezogen. Wie Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) vor der Presse in Bonn erklärte, sieht die Bundesregierung keinen Anlass, «eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen einzuführen».

Israel schießt syrische Flugzeuge ab

Israelische Kampfflugzeuge haben nach Angaben israelischer und libanesischer Militärs am Dienstag über der libanesischen Bekaa-Ebene zwei syrische MiG-Düsenjäger abgeschossen. Die beiden syrischen Maschinen des modernen sowjetischen Typs MiG-23, die in der NATO den Codenamen «Flogger» (Peitscher) führen, stürzten den Angaben zufolge über syrischem Gebiet ab. Sie hätten versucht, israelische Flugzeuge während eines routinemässigen Aufklärungsfluges über syrisch besetztem libanesischem Gebiet abzufangen.

Noch 75 Tage bis zur Wahl!

Mit begreiflicher Neugierde verfolgen interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger die derzeit laufenden Nominationsversammlungen der VU für den Landtag. Man ist gespannt, wer noch einmal kommt und wer abgibt. In Vaduz liess die VU ihren bisherigen Abgeordneten Ludwig Seger abtreten. In einem mehr als 250 Zeilen langen Beitrag über die Nominationsversammlung reichten dem VU-Parteioorgan ganze neun Zeilen, um Ludwig Seger, der als «nicht bequemer Mitstreiter» apostrophiert und gewürdigt wurde, zu verabschieden. Ludwig Seger war es, der am 19. Dezember vergangenen Jahres auf höhere Parteiorder durch einen willfähigen Stellvertreter ausgetauscht wurde, als Landtagspräsident Dr. Ritter die Wiederwahl des umstrittenen Staatsgerichtshof-Präsidenten durchsetzte. Dr. Ritter kandidiert dafür wieder und wird vom VU-Parteioorgan auch entsprechend gelobt. U. a. für «seine integre saubere Haltung gegenüber jedem Einzelnen in unserem Land...»

Als einen echten «Volksvertreter und verlässlichen Partner» preist das VU-Parteioorgan am Montag dieser Woche den erneut nominierten Triesenberger Abgeordneten und Gemeindevorsteher Alfons Schädler an. Ein echter Volksvertreter muss Alfons Schädler wohl sein. Denn angeblich gehört auch er zu den Unterzeichnern der Volksinitiative «Gleiche Rechte...». Und ein zuverlässiger Partner ist er auch. Schliesslich stimmte er im Landtag im Sinne der VU gegen den Antrag, die Volksinitiative direkt in der Verfassung zu verankern.



Zum neuen Programm der FBP (I):

Mutige Reformen zugunsten unseres Volkes

Über einen starken Landtag soll der Bürger wieder mehr Einfluss auf das politische Geschehen nehmen können!

In den letzten acht Jahren VU-Mehrheit ist der Landtag definitiv zu einem Vollzugsorgan der Regierungspolitik degradiert worden. Die Mehrheitspartei hat vor allem die Aufgabe, die politischen Beschlüsse der Regierung nachzubeten und allfällige Gegenvorschläge der Opposition abzublocken. Dass dem so sein kann, ist nicht nur ein Resultat geschickter Parteitaktik der Vaterländischen Union. Es liegt auch an den verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen, auf denen unser parlamentarisches System beruht. Deshalb will die FBP mit ihrem neuen Programm die Volksvertretung mit mtigen und wegweisenden Massnahmen verstärken!

Eine massgebliche Erhöhung der Zahl der Landtagsmandate ist dazu eine wichtige Voraussetzung. Dass dabei das heutige Verhältnis der Abgeordnetenzahl zwischen den beiden Wahlkreisen beibehalten werden muss, steht ausser Diskussion.

Verzicht auf die Einrichtung der stellvertretenden Abgeordneten

Wenn wir die heutige Zahl von 15 Abgeordneten erheblich erhöhen, werden in Zukunft die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr so knapp sein wie heute. Heute verfügt die VU als Mehrheitspartei nur über einen Abgeordneten mehr im Parla-

ment. Damit auch in dessen Verhinderungsfälle die politischen Mehrheitsverhältnisse gewahrt bleiben, gibt es Stellvertreter.

Der Verzicht auf Stellvertreter bedeutet, dass Parteien künftig nicht mehr willig Abgeordnete austauschen können, die nicht auf ihrer Linie sind.

Öffnung der Volksvertretung

Die heutigen politischen Fronten in Liechtenstein sind starr und zementiert. Neue politische Gruppierungen haben kaum Chancen, ein Abgeordnetenmandat zu erreichen. Sie müssten wenigstens acht Prozent der im ganzen Land (also in beiden Wahlkreisen zusammen) abgegebenen, gültigen Stimmen hinter sich bringen.

Die FBP tritt in ihrem neuen Programm für die Herabsetzung der Sperrklausel ein. Sie möchte damit neuen politischen Gruppierungen eine bessere Chance zur Mitwirkung im Parlament geben.

Beseitigung des Abberufungsrechts

Die heutige Verfassung gibt einer Partei das Recht, über Antrag ihrer Landtagsfraktionen einen Abgeordneten «aus wichtigen Gründen aus dem Landtage abberufen». Diese Bestimmung ist nach Meinung der FBP überholt. Sie stammt

aus einer Zeit, da man befürchten musste, Abgeordnete könnten die Fronten im Parlament wechseln und damit «legal» einen politischen Putsch zugunsten vaterlandsfeindlicher Kräfte inszenieren. Das Abberufungsrecht wurde im Jahre 1939 neu in die Verfassung aufgenommen.

Heute könnte eine Partei unter Berufung auf diesen Verfassungsartikel jeden unliebsamen Abgeordneten einfach abberufen lassen und durch einen stellvertretenden Abgeordneten ihrer Wahl und unter Missachtung des Volkswillens ersetzen. Abgeordnete sollen jedoch nur ihrem Eid und ihrer Überzeugung verpflichtet sein. Deshalb setzt sich die FBP in ihrem neuen Programm für die ersatzlose Streichung dieses Artikels ein.

In seiner heutigen Form ist unser Landtag weder von der Grösse noch von der Organisation her in der Lage, seine Aufgaben als Kontrollorgan der Regierung wahrzunehmen. Die FBP will dem Parlament deshalb in Zukunft die nötigen organisatorischen Instrumente in die Hand geben, damit es die in der Verfassung vorgesehenen Aufgaben wieder wahrnehmen kann.

Mit ihrem neuen Programm strebt die FBP mutige Reformen an, die wieder Bewegung in das politische Leben unseres Landes bringen.

KOMMENTAR

Das Petitionsrecht ist eines jener Grundrechte, die der Bürger in unserem Land in der Vergangenheit relativ selten in Anspruch nahm. Dennoch durfte sich jeder Bürger und auch jede Bürgerin – bereits vor der Einführung des Frauenstimmrechts – in der Sicherheit wiegen, im Notfall eine Bitte oder einen Wunsch durch einen Abgeordneten im Landtag vorbringen zu lassen. Diese verfassungsmässige Berechtigung des Einzelnen, sich durch das Instrument der Petition – einer Bittschrift – entsprechendes Gehör zu verschaffen, um seine Anliegen vorzubringen, erhielt durch den derzeit die Verfassungstexte sehr grosszügig interpretierenden Landtagspräsidenten eine erhebliche Einschränkung. Eine Petition, die sich mit der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs befasste, durfte im Landtag nicht vorgebracht werden, weil sich keiner der Abgeordneten «hundertprozentig» hinter das Anliegen der Petition stellte.

Die Verfassung sieht die Sache anders, indem sie dem Abgeordneten lediglich eine «Briefträger-Funktion» zuordnet, un-

Warum hundertprozentig?

abhängig davon, ob er sich mit dem Inhalt der Petition identifiziert oder nicht. Der entsprechende Verfassungstext heisst schlicht und einfach: «Das Petitionsrecht an den Landtag und den Landesausschuss ist gewährleistet und es steht nicht nur einzelnen in ihren Rechten oder Interessen Betroffenen, sondern auch Gemeinden und Korporationen zu, ihre Wünsche und Bitten durch ein Mitglied des Landtags dasselbst vorbringen zu lassen.» Kein Wort von Identifizierung, keine Silbe davon, dass ein Abgeordneter, der sich der Petition annimmt, zu hundert Prozent hinter der Bittschrift stehen muss.

Der oberste Mandatsträger in unserem Land macht es sich einfach. Rechtliche Bedenken legt er auf seine Weise aus, und die haben dann offenbar Gültigkeit in unserem Parlament. Und wenn einer aus der Opposition immer noch Bedenken gegen eine allzu grosszügige Interpretation oder gegen eine reichlich abenteuerliche Auslegung vorträgt, dann folgen die mehrheitlichen Fraktionskollegen ihrem Vorsitzenden wie die Lemminge mit Erklärungen und Belehrungen.

Wenn jeder Abgeordnete einfach Petitionen im Landtag einbringe, ohne sich damit zu identifizieren, so die präsidiale Interpretation, dann werde der Landtag zum Tummelplatz beliebiger Vorschläge und Anregungen.

Petitionen sind ihm also lästig, sie stören den ordentlichen Betrieb, weil sie ohnehin nur von Minderheiten kommen. Was zählt, ist nur die Mehrheit in diesem Land. Oder nicht? (G.M.)

Totale Nachrichtensperre beim Genfer Gipfeltreffen

Vertrauliche Unterredung zwischen Reagan und Gorbatschow dauerte über eine Stunde

Genf (AP) US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow haben am Dienstag im Genf ihre Gipfgespräche aufgenommen. Zuerst trafen sich die beiden Politiker zu einem vertraulichen Gespräch, bei dem nur die Dolmetscher anwesend waren und das mit 64 Minuten viermal länger war, als ursprünglich vorgesehen. Danach trafen sich die beiden Delegationen zu ersten Verhandlungen, bei denen eine totale Nachrichtensperre vereinbart wurde.

Ein Sprecher des Weissen Hauses teilte mit, beide Seiten hätten sich auf diese Massnahme geeinigt. Sie soll bis zum Abschluss der Gespräche in Kraft bleiben. Der amerikanische Aussenminister George Shultz sagte eine für den Nachmittag angesetzte Pressekonferenz ab. Die Plenarsitzung wurde nach zwei Stunden und 20 Minuten unterbrochen, um nach dem Mittagessen fortgesetzt.

Am Morgen hatten die Gespräche mit einer als herzlich bezeichneten Begrüssung begonnen. Reagan, der rund 15 Minuten vor Gorbatschow am Verhandlungsort eintraf, trat dem sowjetischen Parteichef am Eingang der Villa «Fleur d'Eau» am Ufer des Genfer Sees entgegen und begrüusste ihn mit Handschlag. Danach stellten sich die beiden Politiker,

die sich hier zum erstenmal gegenüberstanden, den Fotografen, lächelten in die Kameras und tauschten ein paar Worte über das winterliche Wetter aus. Im Inneren des Hauses stellten sie sich noch einmal kurz den Reportern. Dabei sagte Reagan: «Die Begrüssung war herzlich. Ich glaube, wir beide haben dieselben Ziele».

Gorbatschow erklärte, er werde mit Reagan die Möglichkeit erörtern, die Gespräche über eine Reduzierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa bereits zu einem früheren Termin als dem geplanten am 16. Januar wieder aufzunehmen. Dazu sagte Reagans Sprecher Larry Speakes, die USA planten nicht, einen früheren Beginn der Gespräche vorzuschlagen. Bei den Sitzungen vom Dienstag ging es am Morgen um Fragen der beiderseitigen Beziehungen und am Nachmittag um Abrüstung.

«Eine heisse Kartoffel»

Vor der Begegnung mit Gorbatschow hatte sich Reagan mit seinen engsten Beratern getroffen. Bei dieser Besprechung waren Aussenminister George Shultz, Sicherheitsberater Robert McFarlane und der stellvertretende Verteidigungsminister Richard Perle anwesend. Gorbatschow empfing währenddessen den ame-

rikanischen Bürgerrechtler und US-Präsidentenschaftsbewerber von 1984, den farbigen Prediger Jesse Jackson.

Vor Beginn der Unterredungen vom Dienstag erklärte ein US-Regierungsvertreter, der anonym bleiben wollte, die Veröffentlichung des Weinberger-Briefes an Reagan habe die Hoffnungen auf eine Verlängerung des Salt-II-Vertrages vorerst zunichte gemacht. Weinberger hatte Reagan in dem durch eine vermutlich gezielte Indiskretion am Samstag bekanntgewordenen Brief von einer Verlängerung dieses 1979 von beiden Seiten unterzeichneten Vertrages abgeraten.

Obwohl der Vertrag von den USA nicht ratifiziert wurde, haben sich beide Seiten bislang stillschweigend daran gehalten. Nach der Veröffentlichung des Weinberger-Briefes sei das Thema zur Zeit «eine heisse Kartoffel», sagte der Informant.

Zwei Petitionen zum Strafrecht

Im Zusammenhang mit der Reform des Strafrechts soll in unserem Land auch die Frage der Strafbarkeit oder Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs geregelt werden. Die Strafrechtskommission hat sich für eine enge Indikationlösung ausgesprochen. Zusätzlich sind dem Landtag zwei Petitionen zugegangen, die sich weitgehend widersprechen.

In der letzten Landtagssitzung wurde eine Petition, welche die Unterschriften von weit über zweitausend Frauen und Männern trug, behandelt. Sowohl Armin Meier (FBP) als auch Georg Gstöhl (VU) erklärten sich mit dem Grundgedanken der Bittschrift einverstanden, worauf der Landtag die mit der Petition eingereichten Änderungsvorschläge sowie ein beigelegtes Memorandum an die Kommission zur Strafrechtsreform weiterleitete.

In der gleichen Sitzung machte der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch den Landtag auf eine andere Petition aufmerksam, die jedoch offenbar nicht im Landtag behandelt werden konnte, weil sich keiner der Abgeordneten «hundertprozentig» mit ihr identifizieren konnte. So blieb dem FBP-Abgeordneten Walch nichts anderes übrig als die Hoffnung auszusprechen, dass die Kommission auch

die Gedanken dieser Petition überlegen werde.

Die eine Petition geht vom Gedanken einer weitgehenden Liberalisierung der Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch aus und fordert eine vermehrte Beratung, statt einer Bestrafung. Das andere Petition beigelegte Memorandum weist ebenfalls auf einige Massnahmen zur Hilfeleistung hin, doch steht der Schutz des werdenden Lebens an erster Stelle. Abtreibung sei sittlich unerlaubt und immer eine Tötung menschlichen Lebens, heisst es darin, weshalb auch Verstösse gegen diese Grundsätze mit Strafen, die teilweise über die Vorschläge der Regierungsvorlage hinausgehen, geahndet werden sollen.

Der Landtag hat die eine Petition angenommen und an die Strafrechtskommission überwiesen, die andere wurde nur erwähnt. Die Bittschrift von ebenfalls einer rechten Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern erreichte den Adressaten nur über Umwegen, weil Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter die Auffassung vertrat, ein Abgeordneter müsse «hundertprozentig» hinter einer Petition stehen, um sie im Landtag vortragen zu können.



Erste Begegnung zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow gestern vor der Villa «Fleur d'Eau» am Ufer des Genfer-Sees. (Bild: AP)